



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

7/XII/207 - 10. September 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21832 - 39

Fernschreiber 0886090

Hinweise
auf den Inhalt:

Ungarns Trauödie vor der UNO	S. 1
Weltrakete überschattet Abrüstung	S. 3
Absage der evangelischen Christen an die UNO	S. 5
Zwei deutsche China-Gesellschaften	S. 6
Oberländer und das "Recht auf Heimat"	S. 7
Adensuer wie er ist	S. 8

Die unüberhörbare Forderung

sp- Die Tragödie des ungarischen Freiheitskampfes steht jetzt im Zentrum der UNO-Vollversammlung. Ein von 35 Nationen unterzeichneter Entschließungsentwurf gegen die Sowjetunion und das Kadar-Regime entspringt auf der Grundlage einer Darstellung der Ereignisse im Oktober und November 1956 die Anklage gegen die Sowjetunion, in Ungarn die UNO-Charta verletzt, das ungarische Volk seiner Freiheit und politischen Unabhängigkeit beraubt und an der Ausübung seiner fundamentalen Menschenrechte gehindert zu haben. Schliesslich werden die Sowjetunion und die jetzige ungarische Regierung aufgefordert, ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegen das ungarische Volk einzustellen, die Freiheit und politische Unabhängigkeit Ungarns zu achten, und sicherzustellen, dass die deportierten ungarischen Staatsbürger in die Heimat zurückkehren können.

Zu gleicher Zeit mit die Forderung der Sowjetunion das Erscheinen einer Broschüre in englischer Sprache mit dem Titel "Die Wahrheit über Ungarn" angekündigt, in der "die verleumdenden Erfindungen über die Massaker in Ungarn widerlegt werden" sollen. Der indische Ministerpräsident Nehru erklärte im indischen Oberhaus, er glaube nicht, dass man dem ungarischen Volk durch Protestaktionen helfen könne. Es müsse politisch eine Situation geschaffen werden, die eine Entspannung zwischen Ost und West herbeiführe, und nicht eine, die die Spannungen verschärfe. Nur durch eine Entspannungspolitik könne dem ungarischen Volk in

seinem grossen Leiden geholfen werden.

Niemand in der freien Welt wird bestreiten, dass die militärische Intervention der Sowjetunion in Ungarn zu den erschütterndsten Vorgängen der jüngsten europäischen Geschichte gehört. Grosse Teile des ungarischen Volkes waren aufgestanden, um für die Freiheit zu kämpfen. Sie wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Angesichts des Leidens, das das Volk Ungarns während der Kämpfe und nach ihnen auf sich genommen hat, und angesichts der Tatsache, dass politisch und militärisch niemand diesen Volk helfen konnte, haben alle Protestresolutionen nur die Bedeutung einer moralischen Verurteilung der Urheber dieser Leiden. Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass die freie Welt gerade im Augenblick des ungarischen Aufstandes durch die militärische Intervention Englands und Frankreichs in Ägypten sich selbst kompromittiert hatte. Sie blockierte durch ihre eigene Handlungsweise die moralische und effektive Hilfe, die sie dem ungarischen Volk über den Äther - Sender Freies Europa in München - in Aussicht gestellt hatte.

Das alles ist natürlich kein Grund zur Rechtfertigung des Verhaltens der Sowjets und des Kadar-Regimes. Es muss aber gesagt werden, damit nicht falsche Vorstellungen eine falsche Politik entwickeln helfen.

Wir alle verneigen uns in Schmerz und Trauer vor den heldenmütigen Freiheitskämpfern in Ungarn. Wir alle sind stets verpflichtet, das Menschennögliche zu tun, um die Leiden des ungarischen Volkes zu lindern. Genau so aber sollten wir alle verstehen, dass die politischen Probleme der europäischen Nationen heute nicht mehr mit militärischen Mitteln gelöst werden können. Wer diese Illusion erweckt, wer sich der primitiven Vorstellung hingibt, dass heute noch "Befreiungskriege" möglich sind, spielt mit dem dritten Weltkrieg. Im Hintergrund der ungarischen Tragödie steht die latente Spannung zwischen Ost und West, die sich als Ergebnis der beiderseitigen sogenannten Politik der Stärke herauskristallisiert hat. Wir haben die Wahl, entweder die Politik der Stärke bis zum Exzess - d.h. bis zum materiellen Einsatz der Stärke - weiter zu betreiben, oder neue Wege zur Lösung der politischen Probleme zu suchen. Wenn wir diese neuen Wege in gemeinsamer Anstrengung und mit dem Willen, den Frieden in der Welt zu erhalten, beschreiten, helfen wir auch dem ungarischen Volk.

Was sind die sowjetischen Absichten?

E.A. London

Im Augenblick ist es sehr billi., zynische Bemerkungen über die Ergebnislosigkeit der Londoner Abrüstungsgespräche zu machen. Abrüstung ist ein derartig schwieriges Problem, dass für sie ebenso wie Revolutionen und historische Evolutionen das Wort gilt, dass ihr Weg zum Siege mit Niederlagen gepflastert ist. Vielleicht sollte man sogar feststellen, dass die Londoner Abrüstungskonferenz ein Pyrrhus-Sieg für die Synchroniker darstellt. Denn es ist doch wirklich bemerkenswert, dass man sich im Lancaster House nicht weiter auseinandergestritten, sondern in wesentlichen Dingen ein wenig näher gerückt hat.

Warum hat aber dann die Konferenz dennoch ergebnislos auslaufen müssen? Wahrscheinlich doch deswegen, dass sich die Grundlagen, von denen aus die sowjetischen und die westlichen Konzessionen vom März bis zum Juli gemacht worden waren, inzwischen verschoben hatten. Wenn man von den politischen und propagandistischen Beiswerk der russischen Vorschläge absieht, so war der Kernpunkt ihres Planes, durch das Verbot von atomaren Versuchen die Ausbreitung des Rüstungswettlaufes auf andere als die augenblicklich atomwaffenbesitzenden Drei zu verhindern.

Die Westmächte aber glaubten dieser propagandistisch hervorragenden, technisch allerdings zu einfachen Forderung nicht zustimmen zu können, weil ihre Verwirklichung die sowjetische Position nur konsolidiert hätte. Daher verknüpfte sie Versuchseinstellung mit einer Reihe anderer Massnahmen, von denen der sogenannte "out-cut", das Abschneiden von Kernmaterialerzeugung für Rüstungszwecke das Hauptproblem darstellt, an dem jede Einigung scheiterte. Ohne Einstellung der Kernmaterialerzeugung für Atomwaffen ist nach westlicher Auffassung die Einstellung der Versuche bedeutungslos. Denn der atomare Rüstungswettlauf würde andauern, wenn auch nur auf die jetzigen Drei beschränkt. Daher wollen sie der Versuchseinstellung nur zustimmen, wenn zugleich wenigstens im Prinzip eine Einigung für die kontrollierte Einstellung der Kernmaterialerzeugung erreicht worden ist.

Es dürfte wahrscheinlich sein, dass die sowjetische Diplomatie vielleicht auch Zugeständnisse an die westlichen Vorschläge gemacht haben würde, wenn sie nicht in der Zwischenzeit in ihrer Auffassung in dem Ost-Westgleichgewicht eine Verschiebung erreicht hätte. Mitte Juli konnte man in London eine bemerkbare Versteifung der russischen Haltung

SPD-Pressedienst

P/XII/207

- 4 -

10. September 1957

feststellen. Wahrscheinlich hatten die Sowjetführer schon damals Kenntnis von dem gelungenen Experiment mit einer Weltrakete, das sie allerdings erst Ende August mit einem gewaltigen Stoss in die Propagandatrompete der Welt mitteilten. Es bedeutet nicht mehr oder weniger, als dass Koskau nun mit gelassener Ruhe abwarten zu können glaubt, dass die Westmächte ihm erteilt neue Zugeständnisse machen. Da Herr Sorin wusste, dass trotz aller Verbindlichkeit des Optimisten Stassen die von ihm vorgelegten Vorschläge das letzte Wort des Westens für die Lancaster-Louse-Verhandlungen darstellten, war die Fortsetzung der Gespräche für ihn wertlos geworden.

Was nun kommt, könnte man mit einer Trommelfeuerbereitung für eine lange Zermürbungsschlacht vergleichen. Die Sowjetdiplomatie wird in New-York versuchen, die neutrale Meinung für ihre Lösung, bedingungslose Versuchseinstellung, zu gewinnen. Wahrscheinlich wird sie auch verlangen, dass die Plattform für Abrüstungsgespräche erweitert werde, indem man "Neutrale" wie Indien, Polen und Jugoslawien zu den zukünftigen Arbeiten des Abrüstungsunterausschusses hinzuzieht. Die ersten Soplänkel werden in der Abrüstungskommission stattfinden. In ihr sitzen die elf Mächte, die dem Sicherheitsrat angehören, nebst Kanada. Dann wird sich das politische Komitee der Generalversammlung mit dem Bericht aus London befassen müssen, und schliesslich wird die Generalversammlung selbst die Diskussion aufnehmen. Ost und West werden ihre Positionen, wie sie sich in der Londoner Konferenz ergeben haben, nahe und vertissen verteidigen. Viel Feuerwerk wird dabei verschossen werden. Aber danach wird man doch wieder zu ernsthafter Arbeit zurückkehren müssen und entweder in dem alten oder einem erweiterten Unterausschuss eine Annäherung versuchen. Denn die Erkenntnis, dass es besser ist, Monate und Jahre in harter Arbeit zur Vermeidung eines Atomkrieges aufzuwenden, als ihn einen Tag zu erleben, dürfte doch allmählich Gelingung werden.

* * *

- 5 -

Absage der evangelischen Christen an die CDU

sp.-Zehn führende Vertreter der evangelischen Kirche Bremen haben im Namen der evangelischen Christen folgende Erklärung abgegeben:

1.) Der Bundeskanzler hat als Vorsitzender der CDU in Bamberg erklärt, es ginge in der kommenden Bundestagswahl darum, ob Deutschland und Europa christlich bleiben oder kommunistisch werden.

Bischof Keller von Münster erklärte, ein gläubiger Katholik könne nicht SPD wählen.

2.) Solche Äußerungen verstärken in unserem Volk die Meinung, man habe bei der kommenden Bundestagswahl nur noch die Wahl zwischen einer christlichen oder einer nichtchristlichen Politik.

Das ist Missbrauch des Wortes "christlich"!

Damit stempelt man alle, die nicht der "Christlich-Demokratischen Union" zustimmen, als nichtchristlich oder gar antichristlich ab. Es widerspricht dem Evangelium, dass der Name unseres Herrn Jesus Christus als Firmenschild für parteipolitische Ziele missbraucht wird. Es ist außerdem irreführend und unfair, die SPD als atheistische Partei zu bezeichnen.

3.) Wir begrüßen deswegen den Übertritt Dr. Dr. Heinemanns zur SPD als ein Zeichen d. für, dass ein Christ nicht zur die Politik der CDU ablehnen, sondern auch in einer anderen Partei seine politische Verantwortung wahrnehmen kann. Neben und hinter ihm stehen viele evangelische Christen."

Unterzeichnet ist diese Erklärung von:

Prof. D. Dr. Karl Stoevesandt

Pastor Garlipp

Pastor Dr. theol. Gruffenhagen

Pastor Kuhn

Missionsdirektor Pastor Wasmann

Pastor Ede

Pastor Gerlach

Pastor Hartke

Pastor Dr. Polmann

Pastor Wübeler

* * *

In Beantwortung mehrerer Anfragen teilen wir mit, dass der Verfasser des in der Ausgabe vom 7. September 1957 erschienenen Artikels: "In den Schutzengraben bei Las Vegas" - "Ich erlebte die Bombe" - der Sohn des Bundespressechefs Felix von Bokardt ist.

* * *

Die Unterstellung des Herrn Majonica

sp - Über 100 namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter der FDP-Bundestagsabgeordnete Hermann Schwann und der bekannte Kenner Chinas, Wolfgang Schenke, haben in der Hansestadt Hamburg eine "Deutsche Chinggesellschaft" zur Förderung des Handels zwischen der Bundesrepublik und China gegründet. Die Gründung lag gewissermaßen in der Luft, zeigt sich doch in vielen Kreisen der deutschen Wirtschaft ein starkes Interesse am Ausbau des Handels mit dem neuen China. Deutschland stand einst an der Spitze des Chinahandels. Viele Industrieländer bemühen sich um eine Ausweitung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Land der Mitte, das mit seinen 600 Millionen Menschen einen unerschöpflichen Absatzmarkt bildet.

Die Gründung dieser Gesellschaft hat das Mißfallen des christlich-demokratischen Abgeordneten Majonica erregt. Seine Sympathien gehören dem Marschall Tschiangkaischek, für den er eifrig die Wercetrommel rührt. Majonica selbst ist Vorsitzender eines chinesisch-deutschen Vereins, der die Bundesrepublikaner durch Wort und Schrift von der Notwendigkeit einer Unterstützung des geschlagenen Marschalls überzeugen will. Die Hamburger Ching-Gesellschaft erstrebt über den Handelsaustausch ein besseres Verständnis für die dritte Weltmacht von morgen, Majonicas Schöpfung aber das Weiterschüren des Kalten Krieges. Es ist nicht schwer zu erraten, welche von den beiden Gesellschaften der besseren Sache dient.

Den Geflügelheiten seiner Partei großes hat Majonica der Hamburger Ching-Gesellschaft unterstellt, die bei nur gegründet worden, um für die Ausdehnung des Machtbereichs Peking's in Asien zu wirken. Was werden zu dieser Unterstellung die Mitglieder des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft sagen, von denen viele der CDU nahestehen? Eine Delegation dieses Ausschusses weilt in diesen Tagen in Peking und bemüht sich um verstärkte Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und China. Was Majonica mit seinen Vereinen treibt, kommt praktisch einer Sabotage der Bemühungen grosser Teile der deutschen Wirtschaft gleich, mit dem 600-Millionen-Volk der Chinesen Brücken zu der so notwendigen Verständigung zu schlagen.

Das "Rezept"

sp- Theodor Oberländer ist der Vertriebenenminister der Bundesrepublik. Er gehört der CDU an und hält gerade jetzt im Wahlkampf sehr laute Reden über das "Recht auf Heimat".

Vor uns liegt der gesammelte Jahrgang 1940 der in Berlin verlegten Zeitschrift "Neues Bauerntum". Auf Seite 127 des April/Mai-Heftes steht ein Artikel mit der Überschrift "Von der Front des Volkstumskampfes", verfasst von einem Theodor Oberländer. Darin ist das genaue "Rezept" für die Austreibung eines Volkes aus seiner Heimat enthalten.

Eine kleine Auswahl möge genügen:

Reinhaltung der Rasse

"Reinhaltung der Rasse und eine eigenvölkische bis hin agrarische Unterschicht sind aber nur möglich, wenn das fremde Volk stumm voll und ganz das Land verlässt."

*

Vertreibung von Haus und Hof

"Jede Halbheit ist gefährlich, im Volkstumskampf aber wird sie zum Verbrechen an eigenen Volk."

*

Also keine Gefühlsduselei!

"Eine klare Trennung zwischen Deutschtum und Polentum ist nach den Ereignissen der letzten Jahre eine absolute Notwendigkeit, wenn die Reinerhaltung der Rasse gewährleistet sein soll."

*

Ranter von Hof!

"Die Aufgabe bedingt, dass Millionen fremden Volkstums durch Millionen eigenen Volkstums ersetzt werden."

*

Theo, du rasest!

"Eine Eindeutschung der Ostgebiete (sprich Polen) muss in jedem Falle eine restlose sein."

*

Wie die "Einpolung" hinterher...

"Wie Flugsand wirkendes agrarisches Proletariat ist in den neuen Ostgebieten unmöglich. Das bedeutet, dass nach dem Ersatz des polnischen Grundbesitzers durch Deutsche auch der polnische Bauer und auf weitere Sicht der Arbeiter durch Deutsche ersetzt werden müssen."

*

Herr Theodor Oberländer wechselte in der Bundesrepublik von der FDP zunächst zum BHE und dann zur CDU über. Er fand in der Kanzlerpartei einen sicheren Port, als sein Ministersessel in Gefahr geriet. Heute ist Herr Theodor Oberländer Bundestagskandidat der CDU im Wahlkreis Hildesheim in Niedersachsen.

* * *

Aufforderung zum Krieg

"Am Verhandlungstisch mit den Russen einig zu werden ist eine bare Illusion."

Dr. Adenauer in der Bonner Mensa am
9. September 1957

ay- Dieser ungeheuerliche Satz des gegenwärtigen Bundeskanzlers lässt nur zwei Deutungen zu: Entweder hat Dr. Adenauer erögültig darauf verzichtet, die deutsche Wiedervereinigung auf dem Verhandlungswege zu erreichen - und dazu gehören eben Verhandlungen mit der Sowjetunion als eins der Siegemächte - oder er erwartet von einem Atomkrieg die bedingungslose Kapitulation der Sowjetunion. Alle seine bisherigen feierlichen Versicherungen, die Wiedervereinigung zu wollen und den Krieg als ein Mittel der Politik auszuschalten, werden durch diesen Satz mit einer Schlage entwertet. Nicht einmal dem geringsten der CDU Redner ist eine solche Äußerung zu verzeihen; dass sie von noch gegenwärtigen verantwortlichen Leiter der deutschen Regierung kommt, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, welchen Abgrund das deutsche Volk zusteuert, überlässt es für weitere vier Jahre diesen Mann und seiner Partei die Führung. Die Entformung dieses Mannes aus seiner beherrschenden Position ist für die Deutschen einfach eine Lebensnotwendigkeit.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel